

so komfortable Lage für die Kommunen, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen haben, haben wir in keinem anderen Bundesland. Auch das ist eigentlich eine ganz gute Botschaft.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Minister, es gibt noch eine Frage von Frau Altenkamp. Würde Sie diese auch noch beantworten?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Bitte schön, Frau Altenkamp.

**Britta Altenkamp** (SPD): Herr Minister, wollen Sie damit sagen, dass Sie davon ausgehen, dass die Stellungnahme von Herrn Leßmann vom Landkreistag, die auch letzte Woche in der Anhörung im HFA mündlich vorgetragen wurde, von Frau Asch gesteuert wurde?

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein! Ich habe die mündliche Stellungnahme von Herrn Leßmann letzte Woche nicht gehört, aber wer ihn kennt, der weiß, dass seine Antwort sicher präziser, schlauer und intelligenter war als das, was wir hier heute am Pult gehört haben. Da bin ich mir sehr sicher.

(Zuruf von der SPD)

Insofern glaube ich nicht, dass Herr Leßmann durch Frau Asch gesteuert wird. Dafür kann ich fast meine Hand ins Feuer legen, denn so simple Argumente, wie sie eine Fraktion hier im Landtag immer wieder vorträgt, haben die kommunalen Spitzenverbände nicht.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen können sicher sein: Die Bundesmittel werden komplett durchgeleitet. Es landet ein Vielfaches bei den Kommunen. Deshalb empfehlen wir von der Landesregierung, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss der Beratung.

Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/7678**. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und GRÜNEN **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, eine kurze Zwischenmeldung: An diesem Punkt der Beratungen sollten wir bereits um 16.20 Uhr sein. Wir haben jetzt 18.52 Uhr.

Ich rufe auf:

## **9 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/7683

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich Frau Ministerin Thoben von der Landesregierung das Wort. Bitte schön.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit insgesamt fünf Gesetzen zur Befristung von Vorschriften des Landes hat Nordrhein-Westfalen das gesamte Landesrecht unter den grundsätzlichen Vorbehalt der Befristung und der ständigen Überprüfung gestellt.

(Unruhe)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Meine Damen und Herren, Sie müssen ruhiger werden; sonst kann man nichts verstehen. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen und aufmerksam zu sein.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie wird daher ebenso wie andere Ressorts zunehmend damit konfrontiert, dass eine Evaluierung von demnächst auslaufenden Gesetzen und Rechtsverordnungen erforderlich ist.

Von dem vorliegenden Gesetzentwurf werden alle Landesgesetze erfasst, die den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie betreffen und eine Verfallklausel oder Berichtspflicht zum 31. Dezember 2008 vorsehen.

Wir haben bei der Evaluierung der Vorschriften das Ziel der Entbürokratisierung und Deregulierung, andererseits aber auch die Notwendigkeit im Blick gehabt, die weiterhin erforderlichen Rechtsvorschriften zu identifizieren und für deren Fortbestand Sorge zu tragen. Dies gilt zum Beispiel für das Gesetz

über die Industrie- und Handelskammern im Lande Nordrhein-Westfalen. Hier hat die Evaluierung ein zwingendes Interesse am grundsätzlichen Fortbestand der Norm ergeben. Dennoch konnte durch die Aufhebung spezifischer Regelungstatbestände eine Vereinfachung und Entschlackung dieses Gesetzes erreicht werden.

Demgegenüber ist das bisherige Gesetz über Bergschulvereine aus dem Jahr 1921 nach dem Ergebnis der Evaluierung aus Sicht der Landesregierung verzichtbar.

Um den Normsetzungsaufwand auch für das Parlament möglichst gering zu halten, sind die betroffenen Gesetze in einer Mantelnorm gebündelt worden.

Ich bitte um zügige Beratung.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/7683** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

#### **10 Landesregierung verspielt Zukunftsmarkt Recycling- und Abfallwirtschaft**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/7671

Die Fraktionen haben sich entgegen der ausgedruckten Tagesordnung inzwischen darauf verständigt, die Debatte nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses durchzuführen.

Wir kommen daher unmittelbar zu Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/7671** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass man auch Reden zu Protokoll geben kann. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich alle einig sind.

Ich rufe auf:

#### **11 Fachkräftemangel bekämpfen – Studienabbrecherquote senken**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/7679

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Dr. Seidl das Wort.

(Zuruf von der CDU: Zu Protokoll!)

**Dr. Ruth Seidl\*** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor rund einer Woche rechnete uns die Unternehmensberatung McKinsey vor, dass in den nächsten zwölf Jahren etwa 500 Milliarden € benötigt würden, um den schleichenden Fachkräftemangel abzuwenden. Die Unternehmensberater stützen sich auf eine Studie der Robert Bosch Stiftung, nach der bis zum Jahr 2020 rund 2,5 Millionen Arbeitskräfte in den Unternehmen fehlen, und zwar insbesondere Facharbeiter und Akademiker.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, dass mit und trotz der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen gerade in den ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen überdurchschnittlich viele junge Menschen ihr Studium abbrechen. Besonders hoch ist die Abbrecherquote dort, wo die Nachwuchsprobleme am größten sind, nämlich in den Fächern Maschinenbau und Elektrotechnik. Hier werden einer HIS-Studie zufolge negative Rekorddurchschnittszahlen von 34 % und 33 % erreicht. Das ist schlecht für die Wirtschaft, meine Damen und Herren, und das ist auch schlecht für Nordrhein-Westfalen.

Deshalb kann man nur diejenigen Bundesländer beglückwünschen, die bereits mit wirkungsvollen Programmen gegen den Studienabbruch in den sogenannten MINT-Fächern gestartet sind. Herr Minister Pinkwart, schauen Sie sich doch einmal Bayern an. Hier hat es eine Kooperation zwischen der Wirtschaft und zehn Hochschulen gegeben, die zu ganz konkreten Projekten an den jeweiligen Hochschulen geführt hat.

Insbesondere bei dem Übergang von der Schule zur Hochschule wird hier nachgesteuert. Mehr Beratung, mehr Einblick in die Praxis schon vor dem Studium und gezielte Auswahlgespräche haben zum Beispiel an der Ludwig-Maximilians-Universität zu einer deutlichen Minimierung der Abbrecherzahlen geführt. Lassen Sie mich noch ein Beispiel nennen: Seit drei Jahren laden die Maschinenbauer an der Universität Darmstadt ihre Bewerber zum Auswahlgespräch ein, um nicht nur nach dem Fachwissen zu fragen, sondern auch nach der Motivation.